
Wozu noch Gewerkschaften?

Rezension von: Oskar Negt,
Wozu noch Gewerkschaften?
Eine Streitschrift, Steidl Verlag,
Göttingen 2004, 175 Seiten, € 14.

Die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften haben in den Jahren von 1991 bis 2003 mehr als ein Drittel ihres Mitgliederstandes verloren. Für Oskar Negt, durch Jahrzehnte im gewerkschaftlichen Bildungswesen tätig und von 1970 bis 2002 Soziologieprofessor in Hannover, ist dies ein Alarmzeichen und Anlass, unter Verwendung von Vorträgen aus den letzten Jahren eine Streitschrift zu verfassen, in der er den Gewerkschaften eine Analyse ihrer Situation unterbreitet und Antworten auf ihre Existenzfragen im beginnenden 21. Jahrhundert geben will.

Obwohl sich die Streitschrift an ein deutsches Publikum wendet, ist sie auch für österreichische Leser interessant. Einerseits ist so manches an Negts ausführlichen Analysen der Situation der Gewerkschaften auch für andere Länder als Deutschland relevant. Andererseits kann der aufmerksame österreichische Leser feststellen, dass Negt den Deutschen Gewerkschaften gerade im Organisationsbereich Maßnahmen empfiehlt, die der gängigen Gewerkschaftspraxis in Österreich weitgehend entsprechen. Vieles, was Negt in Deutschland kritisiert, gibt es dagegen bei uns (schon lange oder seit jeher) nicht.

Negt beginnt seine Analyse mit dem durchaus zutreffenden Hinweis darauf, dass die Gewerkschaften nicht die ein-

zigen Massenorganisationen sind, die unter einem Mitgliederschwund leiden. Er erwähnt spezifisch die Kirchen und die politischen Parteien. Alle im ideologisch-ideellen Feld agierenden Verbände sind zumindest in ganz Europa mit einem geringeren Interesse der Menschen konfrontiert. Viele Menschen finden sich im Spektrum der Angebote und in deren Konkurrenz ganz einfach nicht mehr zurecht, weswegen sie sich in diesen Bereichen in eine Art innerer Emigration begeben.

Das ist auch an der immer niedriger werdenden Wahlbeteiligung bei politischen Wahlen zu erkennen. Dies alles gilt nicht nur für Deutschland, sondern zumindest auch für das übrige Europa. Für die Gewerkschaften kommt noch erschwerend hinzu, dass sie traditionell ihre besten Organisationserfolge in Großbetrieben hatten und haben und dass die Zahl der Arbeitnehmer in diesen Großbetrieben in den letzten Jahren aus den verschiedensten Gründen deutlich zurückgegangen ist.

In Deutschland wird die Situation der Gewerkschaften noch dadurch verschärft, dass sie sich auch in ihren rechtlichen Grundlagen einem immer heftiger werdenden Großangriff der Unternehmer ebenso wie der mit diesen verbündeten Professoren und Medien gegenübersehen. Dabei wird vehement versucht, die Rechtsbasis der Gewerkschaften selbst ebenso wie die ihrer wichtigsten Instrumente wie Flächenkollektivvertrag und Streikrecht in Frage zu stellen.

Ausführlich befasst sich Negt in seiner Analyse mit den Folgen des heute praktizierten Primates von Rationalisierungen nicht nur in den Betrieben, sondern in allen Bereichen der öffentlichen Institutionen. Er weist darauf hin, dass in der Reformpolitik (der SPD) die Rationalisierung des Arbeitsmarktes

die einzige Strategie war, die der Arbeitslosigkeit zu Leibe rücken sollte, aber tatsächlich kein einziger Arbeitsplatz dadurch in der marktbezogenen Produktion neu geschaffen wurde.

Inzwischen haben sich Rationalisierung und betriebswirtschaftliches Denken in den Vernunftbegriff der Menschen eingeschlichen und bestimmen alles Denken und Handeln. Dazu kommt der grassierende Privatisierungswahn einer Gesellschaft, die alles über den Markt lösen will. Privatisierungen werden ebenso wie die Unterdotierung von Schulen und Universitäten auch mit Sparzwängen begründet. Die Entwicklung hat uns dahin geführt, dass wir es mit einem Kapitalismus zu tun haben, der von außen nichts mehr zu fürchten hat und demgemäß keine Barrieren und Beißhemmungen kennt.

Die Manager setzen sich über die Interessen ihrer Arbeitnehmer ebenso wie über jene der Gesellschaft insgesamt ungehemmt hinweg, finden aber nichts dabei, sich selber unter den verschiedensten Titeln enorme Gagen zu zuschanzen, was sie mit der hohen Verantwortung, die sie tragen, begründen. Wenn sie aber offenkundig versagen und entfernt werden müssen, besteht ihre Verantwortung darin, astronomische Abfertigungen zu kassieren. Einen Seitenhieb auf die Tätigkeit der professionellen Konsulentenfirmen, deren Beratungstätigkeit zu 80% auf die Legitimation von Arbeitsplatz einschränkungen, also auf Entlassungen und Rationalisierungen, ausgerichtet ist, lässt sich Negt nicht entgehen.

Allmählich wird der in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute Sozialstaat ausgehöhlt, obwohl dieser, wie Negt betont, das Fundament für die Demokratie darstellt. Als

Begründung dieser Politik muss auch die Globalisierung erhalten. Die Unternehmer versäumen nie, ihre Hinweise auf globale Konkurrenz mit der Drohung eines Standortwechsels zu verbinden. Negt lässt sich auch nicht mit dem viel zitierten Gesetz der komparativen Kostenvorteile abspeisen. Er weist darauf hin, dass bei diesen komparativen Vorteilen ohnedies der Gewinn eindeutig bei der größeren Wirtschaftsmacht liegt.

Er geht aber kaum darauf ein, dass innerhalb der einzelnen Länder die Vor- und Nachteile der Globalisierung unterschiedlich verteilt sind. In der globalisierten Welt muss der wenig qualifizierte europäische Arbeiter mit den niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen seines Gegenübers in der dritten Welt konkurrieren – mit absehbaren Folgen. Inzwischen müssen sogar gut ausgebildete Europäer und Amerikaner mit ebenso gut ausgebildeten Indern (die noch dazu Englisch als Unterrichtssprache haben) und Chinesen konkurrieren. In Summe mag es durch die Globalisierung beiden Ländern besser gehen, aber viele einzelne Europäer werden sich dafür den niedrigeren Niveaus ihrer Konkurrenten aus der dritten Welt anpassen müssen.

In fast allen Industriegesellschaften des Westens nimmt die Polarisierung zwischen arm und reich laufend zu. Warum, fragt Negt, ist es so schwer, in unseren Gesellschaften zu einem öffentlichen Konsens darüber zu gelangen, den Reichtum so zu verteilen, dass alle Menschen ein angstfreies Dasein führen können?

Den Lösungsansatz für die Probleme der deutschen Gewerkschaften sieht Negt nicht darin, die traditionellen politischen Ansprüche über Bord zu werfen und schlagkräftige, auf die betrieb-

liche Realitäten bezogene Gewerkschaften zu schaffen, also praktisch auf ein System von Betriebsgewerkschaften überzugehen. Für ihn bleiben Gewerkschaften Verteidigungsorganisationen der sozial Schwächeren, die auch Absteiger schützen müssen und sich schon deswegen nicht an einem einzelnen Unternehmen orientieren können.

Die Bedeutung von Gewerkschaften wird aber erst recht unterstrichen angesichts der in umfangreichen Studien erwiesenen Tatsache, dass Arbeiter, die mit neuen Technologien arbeiten, eindeutig häufiger Gewerkschaftsmitglieder sind als Arbeiter, die mit konventioneller Technik umgehen. Vielleicht ist diese größere Organisationsbereitschaft darauf zurückzuführen, dass auch Rationalisierungsgewinner keine volle Anerkennung finden und auf kollektive Hilfe angewiesen sind. Gerade deshalb wäre es eine Fehlentwicklung die Gewerkschaftspolitik auf Lohninteressen zu verengen.

Dennoch solle man nicht übersehen, dass die immer kleiner werdenden Produktionsmittel zur Entflechtung der betrieblichen Großkomplexe führen und es den Menschen ermöglichen, ihre Arbeit dezentral – sogar in ihren Wohnräumen – auszuführen. Darum wird man diskutieren müssen, die gewerkschaftlichen Organisationsprinzipien neu auszurichten – auf den Betrieb einerseits und den Stadtteil beziehungsweise das Wohngebiet andererseits. Die Gewerkschaft wird den Menschen möglichst dorthin folgen müssen, wo sie sich tatsächlich aufhalten. Hier bedauert Negt die praktische Auflösung der DGB-Ortskartelle und die mangelhafte Beteiligung der Gewerkschaften an der Regional- und Kommunalpolitik. Auch die vielen (Bürger-)Initiativen und Interessengruppierungen der Men-

schen auf lokaler Ebene hält Negt für sinnvolle Anknüpfungspunkte für die gewerkschaftliche Arbeit.

Viel Raum widmet Negt der mangelhaften Verbindung von Betriebsräten und Gewerkschaften, die dem deutschen System eigen ist. Sie gibt den Unternehmern die zunehmend genützte Chance, direkt mit den Betriebsräten unter Umgehung der Gewerkschaften zu verhandeln. Dass er daher eine bessere Zusammenarbeit und größere Übereinstimmung zwischen Betriebsrat und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben und Gewerkschaften für notwendig erachtet, ist nicht weiter verwunderlich. Auch eine betriebliche Tarifpolitik in Ergänzung zum Flächenkollektivvertrag hält er für sinnvoll. Besonders betont er auch die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Sehr viele Seiten widmet Negt dem Ausbau des kulturellen Mandates der Gewerkschaften, auf den er ganz besonderes Gewicht legt. Aber hier muss der Rezensent gestehen, dass er sich in dem Wust der verwendeten soziologischen Fachtermini nicht mehr auskennt. Einerseits versteht Negt unter Kulturinstituten Opern, Schauspielhäuser und Bibliotheken ebenso wie Schulen und Universitäten. Er ist ganz empört, dass der Direktor der Ruhrfestspiele, die teilweise von den Gewerkschaften finanziert werden, entlassen wurde, weil die Festspiele nur 22.000 Besucher hatten.

Andererseits sagt er, wie die Menschen wohnen, essen und trinken, wie der Umgang mit Freunden und Feinden gestaltet wird, die Art zu leben und zu sterben, das sind Elemente von Kultur, und sie sind immer eine Frage der Klasse. In diesen Bereichen stellt er einen ausgesprochenen Mangel an gewerkschaftlich anerkannten Organisa-

tionsinitiativen fest. Die konkreten Handlungsvorschläge und vor allem die schlüssige Begründungen, warum diese den Gewerkschaften helfen sollen, hat der Rezensent allerdings nicht verstanden.

Beim politischen Mandat ist das Anliegen von Negt schon wieder einsichtiger. In der Politik müsse die moralische Dimension wieder eine zentrale Rolle spielen, was vielleicht in den letzten Jahren – angesichts der um sich greifenden betriebswirtschaftlichen Denkweisen – zu sehr vernachlässigt wurde. Für Negt sind die Gewerkschaften nicht zu viel, sondern zu wenig politisch aktiv. Auf den Konflikt zwischen dem DGB und Schröders SPD wird ausführlich eingegangen – bis der Leser diese Besprechung in Händen hält, werden deren Ergebnisse bereits als (für die SPD bittere) Wahlergebnisse vorliegen.

Insgesamt ist in der Streitschrift die Analyse wesentlich besser, als es die Lösungsansätze sind. Manches, was vor allem im organisatorischen Bereich von Negt empfohlen wird, machen wir in Österreich ohnedies. Wenn das vielleicht zu den Gründen für unsere doch weit mäßigeren Mitgliederrückgänge gehört, sollten sich die deutschen Gewerkschaften diese Vorschläge doch genauer ansehen.

Für eine Streitschrift, die Gewerkschaftsfunktionäre erreichen soll, werden viele, vermutlich zu viele soziologische Fachausdrücke verwendet, was die Verständlichkeit für den Nicht-Soziologen erheblich erschwert. Obwohl es Negt nicht wirklich gelingt, den deutschen Gewerkschaften einen überzeugenden Ausweg aus allen ihren Problemen zu weisen, ist das Buch allein wegen seines Analyseteiles durchaus lesenswert. Thomas Lachs